

man seine Bewegungsfreiheit einschränken müssen. Ein Bischof sei nun einmal ein öffentlicher Funktionär und müsse deshalb die Billigung der Regierung haben. Am 18. August rief der Saigoner Erzbischof die Katholiken zur Ruhe und zur Annahme der Regierungsentscheidung auf (NCNS, 12. 9. 75). Der Disput wurde schließlich von einem „progressistischen“ Priester, *Nguyen Ngoc Lan*, durch einen offenen Brief in der Tagespresse an die große Glocke gehängt. Seiner Meinung nach sei der Aufruf zu Ruhe und Versöhnung nur dazu bestimmt, die echten Polarisierungen zu überdecken. Außerdem stelle er den Versuch dar, sich bei den neuen Machthabern aus opportunistischen Gründen ebenso anzubiedern wie bei den bisherigen Regierungen. Der Erzbischof reagierte zwar in einem Kommuniqué auf die Anschuldigungen, doch sind damit die bestehenden Spannungen innerhalb der Kirche wohl kaum abzubauen (La Croix, 26. 8. 75).

Die offensichtliche Förderung regime-treuer Katholiken und die restriktiven Maßnahmen gegen kritische Gruppen, u. a. gegen die aus dem Norden geflohenen Katholiken, lassen den Eindruck entstehen, als solle die Polarisierung bewußt gefördert werden, um das starke katholische Element durch Spal-

tung zu schwächen. Dagegen vertreten die Herausgeber der überraschenderweise erlaubten, bisher einzigen nicht-amtlichen Zeitung „*Cong Giao va Dan Toc*“ (Katholiken und Nation) die Ansicht, Hauptziel ihrer Publikation sei es, jedem möglichen Bruch zwischen einer Minorität von „Progressisten“ und einer „Kirche des Schweigens“ vorzubeugen. Dabei handelt es sich ihren Worten nach nicht um ein „klerikales Blatt“, sondern um die Publikation eines „Anti-Gettos“. Die Katholiken repräsentieren nur 10% der Bevölkerung, deshalb sei es normal, daß die Spalten der Wochenzeitung auch die Meinung der 90% Nicht-Katholiken berücksichtigten. Bisher wurden neben regelmäßigen Berichten über Vorgänge in Vietnam und im Ausland auch Kommentare zum Sonntagsevangelium sowie Darstellungen pastoraler und theologischer Probleme und schließlich eine Meditation des Saigoner Erzbischofs veröffentlicht.

Die Beurteilung mancher Vorgänge fällt je nach Erfahrung und Standort sehr unterschiedlich aus. Während z. B. eine französische Schwester von einem „überraschenden Dynamismus“ und freundlicher Haltung gegenüber den Katholiken seitens der nordvietnamesischen Soldaten sowie von einer wichtigen Klärung und Bewährungsprobe

für die Katholiken des Landes sprach (La Croix, 11. 10. 75), meinte ein französischer Pater, in Südvietnam würden sich die Vorgänge Chinas wiederholen und die Nordvietnamesen träten wie Eroberer auf (NCNS, 10. 10. 75). Noch erscheint es für ein abschließendes Urteil zu früh.

Im benachbarten *Laos*, wo am 24. August der kommunistische Pathet Lao die Macht übernommen hat, kam es zu einer rigorosen Ausweisung von ausländischen Priestern und Bischöfen, womit die Kirche weitgehend lahmgelegt ist. Entgegen der Behauptung der neuen Regierung, die Buddhisten hätten diese Maßnahme begrüßt und gefördert, wurden die Ausgewiesenen vielmehr am Flugplatz von Christen und Buddhisten gemeinsam in einer unvergeßlichen eindrucksvollen buddhistischen Zeremonie verabschiedet (NCNS, 12. 9. 75). Der Vatikan hatte schon vor kurzer Zeit in Erwartung der Ereignisse die wichtigsten Posten in der Kirche mit Laoten besetzt. Aufgeschreckt durch die Entwicklung in den Nachbarländern, bemühen sich die Bischöfe *Thailands* nun, in einem Sofortprogramm strukturelle und pastorale Reformen durchzuführen. Spätestens in zehn Jahren rechnen sie mit einer den Nachbarländern ähnlichen Situation. N. S.

Politische Entwicklungen

Wird sich die ideologische Polarisierung verschärfen?

Österreich nach den Nationalratswahlen

Nach dem in diesem Ausmaß von kaum jemand erwarteten Wahlsieg des Bundeskanzlers *Bruno Kreisky* bei der österreichischen Nationalratswahl am 5. Oktober haben Sieger und Verlierer dieser Wahlschlacht nunmehr ihre Startpositionen für die kommende politische Auseinandersetzung bezogen. Andeutungen Kreiskys ist zu entnehmen,

daß der neuerlich mit einer absoluten Mehrheit bestätigte Kanzler weitere nicht-sozialistische Persönlichkeiten in die sozialistische Alleinregierung bekommen möchte, um auf diese Weise die Plattform der Bundesregierung möglichst breit zu halten. Hand in Hand damit dürfte Kreisky nun versuchen, die beiden Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ

zur Zustimmung wenigstens für einzelne unpopuläre Wirtschaftsmaßnahmen zu bewegen, was ihm erlauben würde, die Opposition wenigstens partiell in Zielsetzungen der Regierung einzubinden und den Schwarzen Peter für die Zukunft rechtzeitig weiterzugeben.

Sozialistische Machtpositionen

Die Österreichische Volkspartei, die für vier weitere Jahre mit dem harten Brot der Opposition vorliebnehmen muß, befürchtet angesichts dieser Stoßrichtung eine Strategie der sozialistischen Partei, die darauf abzielen könnte, die ÖVP von der Groß- zu einer Mittelpartei „zurechtzustutzen“, was in Österreich zwangsläufig zu einer langfristigen Zementierung der sozialistischen Vorherrschaft und damit zu einer Art „schwedischer Verhältnisse“ führen würde.

Schon jetzt ist der Umfang der sozialistischen Machtpositionen in Österreich ungemein stark: die SPÖ hat nicht nur die absolute Mehrheit auf Bundesebene und die Mehrheit in drei der insgesamt neun Landtage. Die Partei hat außerdem in ununterbrochener Folge seit 1945 ihren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zum Sieg verholfen. Sie bestimmt die Politik des einheitlichen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), aus dessen Präsidium im September dieses Jahres der einzige Vertreter der christlichen Gewerkschaftsfraktion „hinausgewählt“ wurde. Die SPÖ stellt acht von insgesamt neun Arbeiterkammer-Präsidenten: Sie verfügt über beherrschenden Einfluß im Management und in den Arbeitnehmervertretungen der zu 90 Prozent verstaatlichten Schwerindustrie und hat ihre Positionen in der Sozialversicherung, im Wirtschaftsleben (durch Konsum- und „Forum“-Kaufhäuser) sowie im Verlagswesen (Europaverlag mit intensiven Verbindungen zur Bundesrepublik) systematisch ausgebaut. Nicht zuletzt muß die Gewerkschaftsbank „bawag“ (Bank für Arbeit und Wirtschaft) erwähnt werden, die die größte Privatbank Österreichs darstellt.

Mit der Zerschlagung des unter *Gerd Bacher* reformierten ORF, der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt, hat die SPÖ ihre Einflußmöglichkeiten auch auf dem Medien-sektor beträchtlich ausgedehnt, auf dem das mit der „bawag“ verbundene Massenblatt „Kronenzeitung“ bereits zu einer argen Devastierung des österreichischen Zeitungsmarktes in Ostösterreich geführt hat.

Diese Ungleichgewichtigkeit der internen österreichischen Machtverhältnisse ist es, die dem Wahlausgang vom 5. Oktober eine besondere Bedeutung gibt. Trotz dieser tristen Bilanz ist man in der ÖVP-Führung von der schweren Wahlniederlage weniger niedergeschlagen, als zunächst angenommen worden war. *Josef Taus*, der erst Ende Juli nach dem plötzlichen Unfalltod von *Karl Schleinzner* zum neuen Parteiboss der ÖVP gewählte 42jährige Generaldirektor der (verstaatlichten) Girozentrale, des zweitgrößten österreichischen Bankinstitutes, hat jedenfalls zu erkennen gegeben, daß er keineswegs daran denkt zu re-

signieren. Zusammen mit dem ebenfalls erst nach dem Tod Schleinzners bestellten und aus der katholischen Jugendbewegung kommenden 34jährigen ÖVP-Generalsekretär *Erhard Busek*, möchte Taus nun „die Ärmel aufkrepeln“ und an das schwierige Werk der Parteireform gehen, die sowohl in ideologischer wie in struktureller und organisatorischer Hinsicht überfällig ist.

Diese Entschlossenheit der neuen ÖVP-Führung kann freilich über den Ernst der Lage, in der sich die Volkspartei befindet, nicht hinwegtäuschen. Tatsächlich ist die Möglichkeit gegeben, daß Kreisky in Österreich zu einem „Zustand“ wird, denn noch nie hat in Österreich ein Parteiboss zum dritten Mal einen Wahlsieg derartiger Größenordnung erringen können.

Dieser Erfolg ist in erster Linie ein persönlicher Triumph des Kanzlers. Von Kreisky selbst stammt das Wort, daß etwa 45 Prozent seiner Wähler auf jeden Fall die SPÖ als Partei, weitere sechs Prozent aber ihn als Person gewählt hätten. Ergebnisse der Meinungsforscher bestätigen diese Aussage, die um so verblüffender ist, wenn man bedenkt, daß Kreisky aus seiner jüdischen Abstammung nie einen Hehl gemacht hat und daß er trotzdem diesen Erfolg in einem Land erzielen konnte, in dem ein unterschwelliger, tiefverwurzelter Antisemitismus vorzufinden ist.

Kreiskys Antikommunismus

Der Erfolg Kreiskys ist in erster Linie auf das breite Spektrum seiner Persönlichkeit zurückzuführen, mit dem er sehr verschiedene Bevölkerungsgruppen anzusprechen vermag.

Dazu kamen noch systematische langfristige Bemühungen um Katholiken, Liberale und Nationale. Die außenpolitischen Erfolge Kreiskys, der u. a. das Treffen Ford—Sadat in Salzburg zustande brachte, haben überdies das Image des Kanzlers als international bekannten Staatsmann weiter verstärkt und dem Gefühl vieler Österreicher geschmeichelt, „in der Welt wieder etwas zu gelten“.

Dazu tritt die *strikt antikommunistische Linie* Kreiskys, der noch wenige Tage vor der Wahl prominente SPÖ-Funktionäre, die bei einer Anti-Franco-Demonstration zusammen mit Kommunisten marschierten, in aller Öffentlichkeit und in schärfster Weise abkanzelter. Wenige Tage nach der Wahl sorgte Kreisky dafür, daß einige dieser Funktionäre, unter ihnen der Obmann der Jungsozialisten, kein Mandat erhielten und ihnen andere Kandidaten vorgezogen wurden. Diese Haltung entspricht gewiß der grundsätzlichen Einstellung Kreiskys, doch weiß dieser gewiegte Taktiker außerdem genau, daß es in Österreich, einem Land mit einem besonders starken Trauma aus der Zeit der sowjetischen Besatzung, doppelt wichtig ist, die antikommunistische Karte auszuspielen.

So widersprüchlich spielerisch, ja unaufrichtig Kreiskys Politik in so manchen Fragen erscheinen mag: in seiner

Einstellung gegenüber dem Kommunismus hat der Kanzler nie auch nur den leisesten Zweifel aufkommen lassen, und selbst während des Prager Frühlings erklärte Kreisky immer wieder, er glaube nicht an die im Westen verbreitete Euphorie über den Reformkommunismus in der Tschechoslowakei, denn der Kommunismus könne nicht demokratisch werden, „sonst würde er kein Kommunismus mehr sein“. In diesem Kontext betrachtet, erscheint Kreisky wesentlich realitätsbezogener als *Willy Brandt*, instinkt-sicherer und elastischer als *Helmut Schmidt* und keineswegs so ideologisch punziert wie *Olof Palme*.

Trotz dieser Bedeutung der Person Kreiskys wäre es verfehlt, ausschließlich die personelle Komponente zu betrachten. Mit entscheidend für den Wahlausgang war gewiß auch der Umstand, daß sich die ÖVP mit ihrem als Wirtschaftsfachmann angepriesenen neuen Obmann in einen fast ausschließlichen Wirtschaftswahlkampf einließ, in dem die SPÖ mit steigender Vehemenz mit dem Argument operierte, daß sich die wirtschaftliche Situation in Österreich von den meisten Nachbarländern vorteilhaft unterscheidet:

Die Arbeitslosenrate hat mit 37 000 Beschäftigungslosen nicht einmal noch die Zweiprozentmarke erreicht, während die Inflation mit 8,7 Prozent Geldentwertung im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten vielen noch als „relativ harmlos“ erscheint. Und so trommelte die SPÖ die an sich eher konservative Parole „uns geht es besser als jemals zuvor“. Die Warnungen der ÖVP, daß die sozialistische Regierung durch überdimensionierte Staatsschulden problematische Belastungen für die Zukunft aufnehme, unterlief die SPÖ-Propaganda mit dem Hinweis, daß es „besser ist, ein paar Milliarden Schilling mehr Schulden zu haben als um 100 000 Arbeitslose mehr“.

Tatsächlich hat die wirtschaftliche Rezession in Österreich — nicht zuletzt infolge des oft zu beobachtenden Verzögerungseffektes im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern — noch nicht in voller Stärke eingesetzt. So erschien wohl vielen Wählern die Argumentation der SPÖ als plausibel. Außerdem gelang es dem taktischen Geschick Kreiskys, die ÖVP, die vor der wirtschaftlichen Zukunft warnte, als unbequemen „Störenfried“ hinzustellen. Zudem aber mußte mit diesem Überwiegen wirtschaftlicher Argumente die Frage nach der Sicherung von Arbeitsplätzen den Vorrang im Wahlkampf erhalten, wobei gerade in Arbeitnehmerkreisen in diesem Problem der SPÖ mehr Vertrauen entgegengebracht wird als der ÖVP.

Strategische Hemmnisse bei der ÖVP

Dies alles trug dazu bei, daß es der ÖVP während des Wahlkampfes nicht gelang, die relativ simple Argumentationskette der SPÖ zu durchbrechen. Dazu gesellte sich noch der Umstand, daß die neue Parteiführung der ÖVP erst zwei Monate im Amt war, wodurch der neue Partei-

obmann gegenüber dem seit 25 Jahren in der ersten Reihe der Politik wirkenden Bundeskanzler, der als letzter Überlebender der Unterzeichner des Staatsvertrages 1955 schon die Patina der Geschichte angesetzt hat, in eine schier aussichtslose Position kommen mußte.

Auffällig war das fast völlige Fehlen ideologischer Elemente in der Wahlauseinandersetzung. Dieses Manko muß um so mehr erstaunen, als der neue ÖVP-Obmann Josef Taus keineswegs nur jener kühle Bankmanager ist, als der er oft geschildert wird. Taus kommt aus der Schule des sogenannten „Kummer-Instituts“ in Wien, das eine der letzten Heimstätten christlich-sozialen Reformgeistes in Österreich repräsentiert. Schon vor Jahren war Taus immer wieder als ideologischer Verfechter katholischer Sozialreform aufgetreten, und unvergessen ist sein Ausspruch, als er 1970 in seiner Ablehnung des Vorschlages, ihn schon damals zum Bundesparteiobmann zu wählen, vor dem ÖVP-Parteitag erklärte, er sei für die Partei nicht konservativ genug.

Nun, nach dem Tod Schleinzers, erklärte Taus, daß man in einer solchen außerordentlichen Notsituation den Ruf der Partei nicht ablehnen könne. Er gab seine Spitzenposition in der Bank auf. Und getreu seinen Grundsätzen arbeitete Taus schon gleich nach seiner Wahl beim Parteitag am 31. Juli in seinem mit frenetischem Beifall aufgenommenen Antrittsreferat die ideologischen Grundsätze stark heraus. Im Gegensatz zur Linie seines eher pragmatischen Vorgängers geißelte Taus die „irrealen Utopien des Sozialismus“ in den westlichen Industriestaaten, die zu „Wohltaten führten, die zur Plage wurden, zur totalen Verwaltung des Menschen, zur Aufgabe vieler kleiner Freiheiten, die erst die große Freiheit ausmachen“.

Im Gegensatz dazu bekannte sich Taus zum „christlichen Menschentum“, zu fundamentalen Ordnungsprinzipien, zur Unantastbarkeit der Grundrechte, zur freien Meinungsäußerung, zum sozialstaatlichen Schutz der Schwachen und zur gesellschaftlichen Verantwortung des Eigentums. In diesem Zusammenhang fiel auf, wie vehement Taus die moralische Verpflichtung unterstrich, jedem Bürger die Möglichkeit zur Arbeit zu bieten: „Für uns darf die Vollbeschäftigung nicht bloß eine wirtschaftliche Frage sein.“

Diesen Gedanken übernahm der neue ÖVP-Obmann auch in seine Wahlkampagne, während die übrigen ideologischen Fragen kaum mehr aufgegriffen wurden. Jetzt nach der Niederlage wird in der ÖVP-Führung dazu erklärt, daß die neuen Männer der Partei in einen bereits vorfabrizierten Wahlkampf hätten einsteigen müssen, der in seinen Grundzügen nicht mehr geändert werden konnte. Außerdem aber sei nach der Periode des Pragmatismus und eines gewissen Ideologiedefizits in der ÖVP die Zeit viel zu kurz gewesen, um die schwierigen ideologischen Fragen in hinreichender Klarheit aufzubereiten.

Eines freilich war der ideologische Kern der ÖVP-Kampagne, die im Lauf des August mit Elan begonnen

hatte: das Hervorheben der Moral in der Politik. Damit wohl sollte der Gegensatz zu der oft schillernden Politik des Bundeskanzlers herausgearbeitet werden, für die Taus ein durchaus glaubwürdiger Zeuge ist. Genau diese Hauptstoßrichtung der ÖVP-Offensive scheiterte Anfang September, als durch eine an sich nebensächliche, aber sehr beschämende Bestechungsaffäre eines ÖVP-Abgeordneten gegenüber einem Journalisten die Argumentation auf dieser Ebene ad absurdum geführt wurde.

Damit verlagerte sich der Wahlkampf in seiner letzten Phase noch stärker auf ein reines Persönlichkeitsduell, in dem der „Neuling“ Taus von vornherein unterlegen sein mußte. Trotzdem zeigen Ergebnisse der Meinungsforschung, daß Taus in den wenigen Wochen seiner Tätigkeit wesentlich aufholen konnte, vor allem bei jüngeren Wählergruppen, doch war die Zeit zu kurz, um diese Ansätze noch zu nützen.

Vorläufige Zurückhaltung der Kirche

Strengste Zurückhaltung während der gesamten Wahlkampagne übte die katholische Kirche. Nachdem die SPÖ im Vorjahr das Gesetz über die Fristenlösung mit einem knappen Stimmenüberhang im Nationalrat durchgesetzt hatte, waren im katholischen Raum recht vehement Stimmen laut geworden, die eine dezidierte Stellungnahme der österreichischen Bischöfe vor den nächsten Wahlen forderten. Gleichzeitig lief das breit angelegte Volksbegehren zum Schutz des Lebens an, das vor allem von katholischen Laien der „Aktion Leben“ getragen ist. In der ersten Phase dieses Volksbegehrens konnten mittlerweile 764 000 amtlich beglaubigte Unterschriften zusammengebracht werden.

Entgegen allen Befürwortern eines schärferen Kurses gegenüber der SPÖ setzten sich schon im Frühjahr jene

Kreise innerhalb der Kirche durch, die von einem Eingreifen der Bischöfe in den Wahlkampf abrieten und für eine Verlegung des Hauptverfahrens des Volksbegehrens auf die Zeit nach der Nationalratswahl plädierten, um mit der Frage der Abtreibung nicht direkt in die Wahlauseinandersetzung hineinzugeraten. Dieser Kurs, der von engagierten katholischen Kräften, die der ÖVP nahe stehen, intern heftig kritisiert wurde, ist während des ganzen Wahlkampfes ziemlich lückenlos eingehalten worden. So spielte die Fristenlösung im Wahlkampf nach außen hin so gut wie keine Rolle, wenn auch kein Zweifel bestehen kann, daß dieses Problem für nicht wenige Katholiken bei der Stimmabgabe eine ernste Gewissensfrage darstellte.

Der Wahlausgang scheint jedoch zu bestätigen, daß es richtig war, diese Wahl nicht zu einer „Volksabstimmung über die Fristenlösung“ umzufunktionieren. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten spielen eben bei einem Wahlausgang auf nationaler Ebene sehr viele verschiedene, vor allem wirtschaftspolitische Motive, eine gewichtige Rolle, so daß es höchst zweischneidig ist, die Wahlentscheidung auf einen einzigen — wenn auch sehr wichtigen — Punkt zuzuspitzen.

Mittlerweile wurde das Hauptverfahren des Volksbegehrens zum Schutz des Lebens auf die letzte Novemberwoche festgesetzt. Optimisten der „Aktion Leben“ erwarten weitere 250 000 Unterschriften, so daß dem Parlament nach Abschluß des Volksbegehrens insgesamt etwa eine Million Unterschriften vorgelegt werden können. Da die SPÖ neuerlich die absolute Mehrheit im Nationalrat innehat, ist allerdings kaum zu erwarten, daß den Wünschen des Volksbegehrens stattgegeben wird. So ist damit zu rechnen, daß die Beziehungen zwischen Kirche und SPÖ in Österreich noch weiter einfrieren, was den Prozeß der ideologischen Polarisierung in der Zukunft zusätzlich verschärfen könnte.

Fritz Csoklich

Diskussion und Kontroverse

Die neuerliche Auseinandersetzung um das Abtreibungsstrafrecht in der Bundesrepublik

Ende September haben die Koalitionsfraktionen einen neuen Entwurf zur Reform des § 218 StGB eingebracht, der Anfang November in erster Lesung behandelt wird. Ein neuer Gesetzentwurf war notwendig geworden, nachdem die ursprünglich von der SPD und F.D.P. mit knapper Mehrheit durchgesetzte sog. Fristenregelung (vgl.

HK, Juli 1975, 329 ff.) vom Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 25. Februar 1975 verworfen und eine provisorische Regelung bis zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes in Kraft gesetzt worden war (vgl. HK, April 1975, 171 ff.). Auch dieser Entwurf ist teilweise auf heftige Kritik gestoßen. Eindeutig abgelehnt wird er von